Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 25,— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 75,— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 3,00 Mk. für auswärtige Besteller mit 3,50 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 6,50 Mk., für Auswärtige 7,50 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.

Druck u. Verlag von Otto Roch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 172 | **Mittwoch den 26. Juli 1922** | **72. Jahrgang.**

Das Radfahren auf der Angergasse wird hiermit verboten.

Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu 600 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, den 25. Juli 1922.

Wiegestunde für Kinder unter 1 Jahr von I—O findet Donnerstag, den 27. Juli 1922, nachm. 1/2 3—1/2 4 Uhr im Callnberger Rathaus statt. **Wohlfahrtsamt.**

Kurze wichtige Nachrichten.

* Wie die T.-U. zuverlässig erfährt, steht die Ernennung des Grafen Brockdorff-Rantzau zum Botschafter in Moskau in einigen Tagen bevor.

* Der achte Reichstagsausschuß, der sogenannte Ueberwachungsausschuß, der den Reichstag während seiner Vertagung vertritt, wird am heutigen Mittwoch nachmittags vier Uhr zu einer Sitzung zusammentreten.

* Die im Transportarbeiterverband organisierten deutschen Seeleute haben an den Zentralverein deutscher Reeder ein kurzfristiges Ultimatum gestellt des Inhaltes, daß, wenn nicht sofort Schritte zur Beilegung des Streikes der Seemaschinisten eingeleitet werden, sämtliche Seeleute in den Streik eintreten.

* Die Berliner städtischen Körperschaften bitten die Reichsregierung um Wiedereinführung der öffentlichen Zuckerbewirtschaftung, da das jetzige System die Interessen der Konsumenten nicht wahrnimmt.

* Die beiden sozialdemokratischen Gruppen im bayrischen Landtage haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

* Aus Lemberg wird gemeldet: Aus Porislaw wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle erbohrt worden ist, die täglich 30 Zisternen Rohpetroleum liefert und die weiter 130 Kubikmeter Gas täglich ergibt. Das bedeutet eine Erhöhung der Porislawer Petroleumförderung um etwa 20 Prozent.

* Die Nachricht, daß die englischen Bergleute auf Ersuchen der amerikanischen Bergleute mit ihnen in einen Sympathiestreik eingetreten sind, entbehrt jeder Bestätigung.

* Montag abend wurde der vorübergehend in Tiflis anwesende Kemal Pascha mit seinen beiden Adjutanten, augenscheinlich von armenischen Terroristen, auf der Straße erschossen.

Deutsches Reich

Die Wahrheit über den Zwickauer Aufruhr.

Dresden. Noch liegt das Ergebnis der vom Minister Lipinski im Landtage angekündigten Untersuchung über die Urheber der Zwickauer Unruhen nicht vor. Minister Lipinski sprach bekanntlich im Landtage davon, daß auch rechtsstehenden Provokateure am Werke gewesen seien und die Redner der Regierungsparteien schoben im Landtag die Vorgänge auf den Straßenmob. Jetzt veröffentlicht der kommunistische Landtagsabgeordnete Grube im kommunistischen „Volksblatt" unter der Ueberschrift „Keine Täuschung" einen Artikel, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Träger des Zwickauer Aufruhrs die Parteigenossen des Herrn Grube waren. Er schreibt unter anderem wörtlich in diesem Artikel:

> „Bei den letzten Demonstrationen kam es in der alten Bergstadt Zwickau zwischen Arbeiterschaft und staatlichen Machtorganen zu blutigen Auseinandersetzungen. Diese Kämpfe, die trotz allem mit einem sichtbaren Erfolge für die Arbeiterschaft geführt wurden, haben mehr örtliche Bedeutung. Die Bezahlung der Streiktage, die Bildung einer Arbeiterwehr (die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird), die Anerkennung des Aktionsausschusses, die Außerdienststellung der Lapo, war ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis. Diese Errungenschaften eines isolierten Kampfes beweisen am besten, mit welchem Elan die in Bewegung geratene Menge vorging. . .

Wir wenden uns ganz entschieden dagegen, als seien die Kämpfe lediglich das Ergebnis einzelner Provokateure. Diese Auffassung zu vertreten, hieße die Diskussion, sowohl wie das Kampffeld zu verschieben. Der Kampf war eine Folge, der von der S.P.D. und U.S.P. betriebenen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Dieser Teilkampf war ein sehr sichtbarer Ausdruck der Auflehnung gegen die bisher in Deutschland betriebene Politik. . .

Wenn es mit Hilfe der K.P.D., in der Situation, wo Zwickau allein kämpfte, gelungen ist, die zum Ausbruch gekommenen revolutionären Energien für die Arbeiterschaft erfolgreich auszunützen, so nur deshalb, weil die Politik der K.P.D. bei den in Gährung befindlichen Massen das Vertrauen genießt, das notwendig ist, um offene revolutionäre Kämpfe der Arbeiterschaft zum Siege zu führen."

Wenn man diese Darlegungen des Abg. Grube liest, dann wird allerdings auch begreiflich, aus welchem Grund er, der sich in den Aufruhrtagen so gewissermaßen zum Oberrichter von Zwickau eingesetzt hatte, fast alle die von der Arbeiterwehr eingelieferten Plünderer wieder entließ. Jedenfalls wird das Bekenntnis des Herrn Grube über den Anteil der kommunistischen Regierungsstützen am Zwickauer Aufruhr in der von der sächsischen Regierung angestellten Untersuchung nicht übergangen werden dürfen.

Gesinnungserforschung.

Dem Telunion-Sachsendienst wird von volksparteilicher Seite folgendes geschrieben: „Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ottendorf-Okrilla hat am 22. Juli in den Arbeiterhäusern einen Fragebogen verbreitet, der innerhalb einer Woche abzuholen oder zur Abholung bereitzuhalten ist. Es wird darin gefragt: „Welcher Gewerkschaft gehörst Du an? — Welcher politischen Partei gehörst Du an? — Welche Zeitung liest Du? — Welchen sonstigen Vereinen gehörst Du an? — Name: — Wohnung: —" Mit religiös und parteipolitisch neutraler Berufsinteressenvertretung hat das nichts mehr zu tun; sondern hier steht man vor geistigem Zwang. Die Wirkung derartigen Vorgehens wird aus folgendem, einem dortigen Gesangverein zugegangenen Briefe erkennbar: „Okrilla, Datum des Poststempels. Um allen unnötigen Treibereien, die mir von meinen Arbeitsgenossen gemacht werden, zu entgehen, sehe ich mich gezwungen, unter dem heutigen Tage meinen Austritt aus dem Gesangverein „Deutscher Gruß" zu erklären. Unterschrift."

Ein neuer sozialdemokratischer Bezirksschulrat.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei gibt folgende Meldung: „Vom 1. Oktober d. J. ab ist der Lehrer Kurt Alwin Wehner in Leipzig zum Bezirksschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Leipzig I ernannt worden." Der Vollständigkeit halber hätte dieser Meldung hinzugefügt werden müssen, daß der Berufene Sozialdemokrat ist und auf Vorschlag des Leipziger Lehrervereins auf diesen Posten gekommen ist.

Deutschlands Absturz.

Berlin. Die „Basler Nationalzeitung" schreibt zur deutschen Finanzkontrolle: Die Pariser und Berliner Erklärungen lassen keinen Zweifel mehr, daß Deutschland als finanziell souveräner Staat aufgehört hat, zu bestehen. Aber ein sehr wichtiger Unterschied bedarf noch der Aufklärung. Die deutsche Regierung gibt nur ein Einsichtsrecht der Entente zu, welche Tatsache die deutsche Regierung als ihren Erfolg bucht, während die Pariser Havasmeldung hervorhebt, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches von dem Garantiekomitee kontrolliert und gutgeheißen werden müssen, bevor sie dem Reichstage zugehen, das ist aber nicht nur ein **Einsichts-**, sondern ein vollständiges und sicheres **Einspruchsrecht** dritter Mächte in den Etat eines bis jetzt noch unabhängig und souverän gewesenen Staates, der einst Weltmacht war und heute nicht einmal mehr die Souveränität der kleinen Schweiz geltend machen kann.

Ententeleute in deutschen Ministerien.

In der Sonnabendsitzung der Reparationskommission wurde der Kontrolldienst für die Einnahmen und Ausgaben des deutschen Staatshaushaltes verabschiedet. Die Kommission beschloß, daß der zentral bewegliche Kontrolldienst nicht Deutschland zu überlassen sei, sondern daß in den Etatsämtern des Reiches durch Beamte des Garantiekomitees auszuüben sei, die der Verantwortlichkeit der Reparationskommission zu übertragen sind und die ein **Einspruchsrecht gegen das deutsche Budget** besitzen sollen.

Aktienverpfändung als Bedingung.

„Morning Post" meldet aus Paris: Nachdem die bisherigen Verhandlungen in der Reparationskommission der Erledigung der Finanzkontrolle in Deutschland gegolten haben, tritt die Kommission am Dienstag in die eigentliche Beratung der Moratoriumsfrage ein. Der Antrag des Garantiekomitees, der Sonntag dem Vorsitzenden Dubois übergeben worden ist, lautet dahin, Deutschland sei ein **Moratorium bis höchstens drei Monaten** zu gewähren, wenn die **Einstellung der Noteninflation** und die **Verpfändung** von **Industrieaktien** zugestanden wird.

Die neuen Teuerungszulagen.

Der „Matin" bringt die Berliner Korrespondenzmeldung von der Erhöhung der Teuerungszulagen an die Beamten und Arbeiter mit dem Zusatz seines Berliner Korrespondenten: Die neue Milliardenbelastung des deutschen Staatshaushaltes ist die **letzte vor der Kontrollübernahme** durch das Garantiekomitee. Jede Erhöhung seiner Beamtengehälter nach dem 1. August unterliegt der vorherigen Genehmigung der neuen Kontrollinstanz in Deutschland.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

Von unterrichteter Seite wird der T.-U. mitgeteilt, daß Vereinbarungen über die Arbeitszeit der Eisenbahner Gegenstand einer Besprechung der Eisenbahnorganisationen war. Eine vorgelegte Erklärung des deutschen Eisenbahnerverbandes konnte aber nicht zur Annahme gelangen, weil die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, sie seien nicht in der Lage, eine bindende Erklärung abzugeben, solange ihr erweiterter Vorstand nicht Stellung genommen habe.

Ein unerwünschter Gast.

In Berlin befindet sich zurzeit, wie wir dortigen Blättern entnehmen, der bulgarische Minister Raiko Dascaloff. Die Oeffentlichkeit hat alle Ursache, den Mut dieses Herrn zu bewundern, der es wagt, nach Deutschland zu kommen, nachdem er im Jahre 1918 seine Truppen gegen Sofia und die dort befindliche deutsche Armee durch von Frankreich bezahlte Agenten hat führen lassen. Nachdem sein Plan mißlang, suchte er Rettung bei den Franzosen in Salonili. Jeder bulgarische Patriot ist der Ansicht, daß Raiko Dascaloff derjenige ist, der den Franzosen den Weg nach Sofia geebnet hat, und der der Hauptschuldige ist an der großen Katastrophe, von der Bulgarien und seine Alliierten betroffen sind.

2600 Eisenbahnwaggons für Jugoslawien.

Schon vor einiger Zeit hatten einige Verbände der deutschen Industrie dem südslawischen Verkehrsministerium die Lieferung von 2600 schmalspurigen Eisenbahnwaggons angeboten. Das Verkehrsministerium hat jetzt das Angebot angenommen, aber unter der Bedingung, daß die ganze Lieferung längstens bis Anfang April des nächsten Jahres erfolge. Die Uebernahme der Waggons erfolgt in dreimonatlichen Partien schon vom August dieses Jahres ab.

Ausland.

Die internationale Anleihe.

Paris. Der Newyork Herald teilt mit, daß Poincaree einen eigenen Plan zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems nach London mitbringen werde. Das sei auch der Grund dafür, daß Poincaree vorläufig nur ein sechswöchiges Moratorium gewähren will. Die endgültige Regelung ist nach dem Newyork Herald so gedacht, daß das französische Bedürfnis nach sofortiger Bezahlung mit dem Gedanken Lloyd Georges, die englischen Forderungen an Frankreich fallen zu lassen und die Gesamtsumme der Reparationen zu vermindern, in Einklang gebracht wird. Der internationale Bankenausschuß stände damit vor der neuen Tatsache des europäischen Willens zur Zusammenarbeit und könne auf dieser Tatsache eine internationale Anleihe aufbauen. Frankreich rechne mit Krediten für Deutschland in Höhe von vorläufig 1 Million Dollar und beanspruche davon die Hälfte für sich, um damit und mit den Ergebnissen des Wiesbadener Abkommens seine zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Die andere Hälfte der Anleihe könne zur Sanierung der deutschen Finanzen und Stabilisierung der Mark verwendet werden. Jedenfalls hoffe man, das ganze Problem noch vor Ende des Sommers gelöst zu haben, sodaß der Bankier-Ausschuß seine Tätigkeit im September wieder aufnehmen könnte.

SLUB
Wir führen Wissen.